

Warum der Barnim mehr Zusammenhalt braucht

ANDREAS BERGENER, der parteiunabhängige Kandidat für das Amt des Landrates, im Gespräch

Herr Bergener, vielen Dank, für Ihre Bereitschaft, Ihre Gedanken den Leserinnen und Lesern der »Barnimer Bürgerpost« darzulegen. Warum wollen Sie sich das antun und Landrat im Barnim werden?

Ich wohne hier mit meiner Familie seit über 20 Jahren. Seit rund zehn Jahren bin ich Mitglied der Gemeindevertretung Melchow sowie des Amtsausschusses des Amtes Biesenthal-Barnim. Ich kenne die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Kreisverwaltung und Landrat aus praktischer Perspektive. Deshalb glaube ich, daß unser Landkreis jemanden braucht, der Verantwortung übernimmt und die Dinge zusammenführt. Eines ist klar: die nächsten Jahre werden nicht einfach – finanziell, organisatorisch und gesellschaftlich. Da hilft kein Dauerstreit, kein Lagerdenken, sondern ruhige, verlässliche Arbeit.

Viele Jahre habe ich in verantwortlichen Funktionen gearbeitet und weiß, daß man nicht alles versprechen kann – aber man kann ehrlich arbeiten, gut vorbereiten und Entscheidungen nachvollziehbar treffen. Genau das möchte ich für den Barnim tun.

Was unterscheidet Sie da von anderen Kandidaten?

Ich verspreche keine großen Schlagzeilen, sondern verlässliche Arbeit. Ein Landrat ist Chef der Kreisverwaltung. Er muß zuhören, vermitteln, aber am Ende auch entscheiden. Und für diese Entscheidungen einstehen. Mein Leitgedanke ist einfach: Weniger Streit. Mehr Barnim.

Sie treten als unabhängiger Kandidat an. Also ohne die Unterstützung durch eine Partei. Warum dieser Weg?

Weil ich finde, daß das Amt des Landrates kein Parteiamt ist. Der Landrat muß mit allen zusammenarbeiten – unabhängig von Parteifarben. Mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit Unternehmen, mit Vereinen und Initiativen.

Wenn man parteiunabhängig ist, steht man nicht zwischen Lagern. Man steht zwischen den Menschen. Und genau dort sehe ich die Aufgabe.

Viele Bürgerinnen und Bürger erleben Politik als Streit, der oft wenig konstruktiv daher kommt. Wie sehen Sie das?

Viele Menschen sind davon genervt, das kann ich gut verstehen. Wenn man sich den aktuellen Wahlkampf anschaut, sieht man ja wieder, wie hart die Parteien miteinander umgehen. Man bemerkt den unversöhnlichen Ton im Wahlkampf. Zuspitzung gehört bis zu einem gewissen Grad dazu – aber danach muß wieder konstruktiv gearbeitet werden.

Wenn man beobachtet, wie sich Parteien im Wahlkampf bekämpfen, fragt man sich er-



staunt, wie sie danach eigentlich noch zusammenarbeiten wollen. Will ein Lager unbedingt gewinnen, so werden die anderen automatisch zu Verlierern – diese Logik müssen wir zum Wohle unseres Barnim aufbrechen.

Für mich ist klar: Der Kreistag ist kein Ort für Berliner oder Potsdamer Grundsatzdebatten. Hier geht es um Schulen, Straßen, Verwaltung, um die finanzielle Stabilität unseres Landkreises. Es geht um den Barnim – nicht um Parteiprogramme. Ideologische Programmatik hilft uns auf Kreisebene nicht weiter. Wir brauchen pragmatische Lösungen, die funktionieren und finanzierbar sind.

Es wäre naiv zu glauben, man könne einen Landkreis mit Parteitagalogik führen. Ich weiß sehr genau, wie Verwaltung funktioniert – und auch, wo ihre Grenzen liegen. Ein Landrat kann nicht einfach durchregieren. Er ist an Recht, Haushalt, Beschlüsse des Kreistages und an die staatliche Aufsicht gebunden. Wer das nicht ernst nimmt, wird schnell merken, wie eng der Handlungsspielraum tatsächlich ist.

Wie wollen Sie diese engen Handlungsspielräume ausnutzen und vielleicht sogar aufbrechen?

Gerade deshalb spreche ich von Kooperation und Sachlichkeit. Nicht, weil ich Konflikte ausblende – sondern weil ich weiß, daß man Mehrheiten nur bekommt, wenn man gut vorbereitet, transparent argumentiert und Vertrauen aufbaut.

Ein Landrat ist kein Parteivorsitzender. Er ist Verwaltungschef. Er muß moderieren, vermitteln, aber am Ende auch entscheiden und Verantwortung tragen.

Ich halte es nicht für naiv, auf Zusammenarbeit zu setzen. Ich halte es für realistisch. Denn der Landkreis funktioniert nur, wenn Verwaltung und Kreistag konstruktiv arbeiten

– nicht, wenn sie sich dauerhaft im Wahlkampfmodus befinden.

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben des neuen Landrates?

Die Finanzen sind ein großes Thema. Wir müssen darauf achten, daß der Landkreis dauerhaft handlungsfähig bleibt. Das heißt: sorgfältig wirtschaften, Prozesse prüfen, Prioritäten setzen.

Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, daß Verwaltung für die Menschen da ist. Verfahren müssen verständlich und praktikabel sein. Und die Zusammenarbeit mit den Kommunen muß auf Vertrauen basieren.

Was beabsichtigen Sie konkret? Könnten Sie das anhand von drei Beispielen aus Ihrem Programm veranschaulichen?

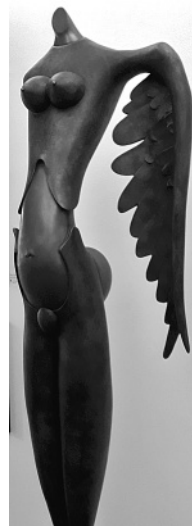
Erstens: Verwaltung handlungsfähiger machen. Ich will Entscheidungswege verkürzen und Zuständigkeiten klarer regeln. Das bedeutet: weniger interne Reibungsverluste, mehr Transparenz, schnellere Verfahren. Bürger und Unternehmen sollen wissen, wer zuständig ist – und verlässliche Antworten bekommen. Eine Kreisverwaltung muß Partner sein, nicht Hürde.

Zweitens: Haushaltsstabilität sichern. Die finanzielle Lage des Landkreises verlangt Disziplin und Prioritätensetzung. Ich werde Ausgabenstrukturen überprüfen, Prozesse effizienter gestalten und Investitionen klar priorisieren. Ziel ist nicht pauschales Sparen, sondern dauerhafte Handlungsfähigkeit.

Drittens: Zusammenarbeit stärken. Ich möchte die Kooperation zwischen Kreis, Kommunen, Wirtschaft und Ehrenamt auf eine verbindlichere Grundlage stellen. Regelmäßige Abstimmungen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, transparente Kommunikation mit dem Kreistag und ein klarer Dialog mit Unternehmen gehören für mich dazu. Der Landkreis funktioniert nur, wenn alle Ebenen konstruktiv zusammenarbeiten.

Am Ende geht es nicht um einzelne Schlagworte, sondern um einen funktionierenden Landkreis. Mein Ziel ist eine Verwaltung, die führt, koordiniert und verlässlich entscheidet – ruhig, sachlich und lösungsorientiert.

Herr Bergener, Ordnung, Schutz vor Kriminalität, pauschal mit dem Wort Sicherheit umschrieben, sind



FOTOS (3): JURGEN GRANITZOW

die Lieblingsthemen bestimmter Parteien. Welches Gewicht messen Sie diesem Thema bei?

Sicherheit ist keine ideologische Frage – sie ist Voraussetzung für Lebensqualität. Menschen müssen sich in ihren Orten, auf Wegen und Plätzen sicher fühlen können. Tagsüber wie abends. In der Stadt genauso wie im Dorf.

Für mich gehört dazu eine enge und verlässliche Zusammenarbeit von Ordnungsamt, Polizei, Kommunen, Feuerwehr und Katastrophenschutz. Prävention und Präsenz sind kein Gegensatz – sie gehören zusammen. Und Zuständigkeiten müssen klar geregelt sein.

Gerade das ehrenamtliche Engagement, etwa in unseren Freiwilligen Feuerwehren, verdient Unterstützung und Respekt. Wer Verantwortung übernimmt, muß sich auf den Landkreis verlassen können.

Sicherheit heißt für mich auch: Probleme nicht kleinreden. Wenn Regeln gelten, dann gelten sie für alle. Und sie werden durchgesetzt. Das ist keine Härte, sondern Verlässlichkeit.

Im Barnim soll klar sein: Wir nehmen Sicherheit ernst – sachlich, konsequent und ohne ideologische Debatten.

Ihr Wahlkampf, Herr Bergener, unterscheidet sich deutlich von dem der anderen Bewerber um das Landratsamt. Fehlt Ihnen das Geld für große Plakataktionen?

[lacht] Nun ja, ich finanziere das privat. Aber ich bin überzeugt: Die Größe eines Kandidaten mißt sich nicht an der Anzahl seiner Plakate – deshalb schränkt mich das nicht sonderlich ein. Mir ist wichtig, daß Inhalte überzeugen – nicht die Lautstärke. Ein Landrat wird nicht danach ausgewählt, wer am häufigsten auf Litfaßsäulen zu sehen ist, sondern wem man Verantwortung zutraut. Da bin ich mir ganz sicher.

Plakate zeigen ein Gesicht, Gespräche vermitteln die Haltung. Wir setzen daher bewußt stärker auf Gespräche, Veranstaltungen und direkte Begegnungen, auf Zuhören, nicht auf Plakate kleben. Das mag weniger spektakulär sein – ist aber aus meiner Sicht nachhaltiger.

Natürlich gehören Plakate zu einem Wahlkampf dazu. Aber sie ersetzen kein Vertrauen. Und Vertrauen entsteht im persönlichen Austausch.

Was gibt Ihnen die Zuversicht?

Der Barnim hat engagierte Bürgerinnen und Bürger, starke Kommunen, viele Vereine, eine solide wirtschaftliche Basis. Und es gibt hier viel Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Wenn wir es schaffen, uns auf das Gemeinsame zu konzentrieren und nicht auf das Trennende, bin ich überzeugt, daß unser Landkreis eine gute Zukunft hat.

Genau daran möchte ich mitarbeiten – gemeinsam mit allen, die Verantwortung übernehmen wollen.

Aber mal ehrlich, Herr Bergener, haben Sie als parteiunabhängiger Kandidat überhaupt eine realistische Chance? Was machen Sie, wenn es nicht klappt?

Ich trete an, um zu gewinnen – das sage ich ganz klar. Wer kandidiert, sollte Verantwortung übernehmen wollen, nicht nur an einer Wahl teilnehmen, um der Teilnahme willen.

Ich merke in vielen Gesprächen, daß der Wunsch nach einem ruhigeren, sachlicheren Umgang groß ist. Und auch deshalb trete ich an – weil ich überzeugt bin, daß viele Menschen genau diesen sachlichen, unabhängigen Stil wollen.

Wenn es gelingt, im Wahlkampf ein Stück weit zu zeigen, daß Politik auch ohne Dauerstreit und parteipolitische Reflexe möglich ist, dann ist das bereits ein Gewinn für die politische Kultur im Barnim.

Am Ende entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Dieses Votum respektiere ich selbstverständlich.

Und selbst wenn es nicht reichen sollte: Verantwortung endet nicht mit einer Wahl. Ich werde mich weiterhin einbringen – beruflich und gesellschaftlich. Mir geht es nicht um ein Amt um jeden Preis, sondern darum, den Barnim voranzubringen.

Vielen Dank für das Gespräch.



Maerker 4.0

Eberswalde (prest-ew). Am 26. Februar wurde das weiterentwickelte Bürgerportal des Landes Brandenburg in der Version Maerker 4.0 freigeschaltet. Mit diesem Schritt erhält das System eine vollständig neue technische Basis, ein neues Aussehen und eine überarbeitete Infrastruktur. Ziel ist es, den Service für die Bürgerinnen und Bürger moderner, stabiler und nutzerfreundlicher zu gestalten.

Im Zuge der Anpassung wurden die vorhandenen Daten aus insgesamt 129 Brandenburger Maerker-Kommunen in die neue Oberfläche übertragen – auch die Daten der Stadt Eberswalde.

Mit der Änderung wird zudem die neu entwickelte Maerker-App für iOS und Android zur Verfügung stehen. Die bisherige Maerker-App wird deaktiviert und ist nicht mehr nutzbar. Die neue Maerker-App steht in den jeweiligen App-Stores zum Download bereit. Weitere Informationen zur Plattform und zur neuen Version 4.0 von Maerker gibt es unter: maerker.brandenburg.de/bb.

Militärstraße B167

Eberswalde (bbp). Vor einiger Zeit wandte sich Oskar Dietterle von der Bürgerinitiative GEGEN DIE B167NEU. FÜR UMWELT UND NATUR! an das Landesamt für Bauen und Verkehr, zwecks Aufklärung über den Zusammenhang von Bauklassen und Einordnung als Militärstraße.

In der Antwort wird bestätigt, daß für die neue Straße entsprechend der Richtlinie für Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen 2001 (RstO 01) die Bauklasse (BK) II ausgewiesen wird. Unbeschadet dessen habe der Vorhabenträger auch andere öffentliche Belange bei seiner Planung zu berücksichtigen. Aus diesem Grund wurden im Anhörungsverfahren zur Planfeststellung auch die zuständigen Stellen der Bundeswehr beteiligt.

Hier liegt dem Landesamt eine Stellungnahme folgenden Inhalts vom 20.02.2018 dazu vor: »Die B 167 ist Bestandteil des MSGN (Militärstraßengrundnetzes) Nr. 721, die Forderungen gem. RIST (Richtlinien für Infrastrukturforderungen an Straßen) und RABS (Richtlinien für die Anlage und den Bau von Straßen für militärische Schwerverfahrzeuge) sind einzuhalten. Gemäß der Rahmenvereinbarung ... über die Einstufung bzw. Bemessung von Straßenbrücken nach militärischen Lastenklassen und die Duldung, Aufstellung und Unterhaltung von Zeichen für den Militärverkehr an Brücken und Straßen im Land Brandenburg zwischen der Bundeswehr und dem Land Brandenburg ist die Einstufung von Straßenbrücken in Militärische Lastenklassen nach STANAG 2021 vorzunehmen. Es wird darum gebeten die Unterlagen zur Einstufung, sowie Beginn und Ende der Baumaßnahme, unter Angabe der auftretenden Einschränkungen während der Bauphase, der Bundeswehr mitzuteilen.«

Weitere Informationen, die über die öffentlich im Internet einsehbaren Regelwerke hinausgehen, liegen dem Landesamt nicht vor.

Zum Militärstraßengrundnetz in der BRD gab es 2024 eine Kleine Anfrage des BSW im Bundestag (Drucksache 20/12649).

»Gerade im Zusammenhang mit der letzten NATO-Tagung und dem beschlossenen 5-Prozent-Ziel sowie dem geplanten Haushalt der Bundesrepublik scheint es ja offensichtlich zu sein«, meint Oskar Dietterle, »daß das Ziel, wofür die B 167 neu geplant ist, keineswegs nur zivil ist und daß unsere Chancen, ihren Bau zu verhindern, äußerst gering sind. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir massiv gerade gegen den Rüstungswahnsinn kämpfen.« Die Haltung von einigen Vertretern der BI Pro Waldstadt erscheine in diesem Zusammenhang »deshalb, gelinde gesagt, höchst zweifelhaft. Ich halte es sogar für existentiell wichtig, unseren Fokus zu verschieben und massiv gegen die Aufrüstung mobil zu machen. Wie Willy Brandt schon sagte: Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.«